

<https://www.rt.com/russia/629784-loan-eu-ukraine-cash/>

Die düstere Realität hinter der großen Show: Was steckt hinter der neuen Finanzhilfe der EU für Kiew?

Wie das jüngste Darlehen für die Ukraine funktionieren wird und welche Auswirkungen es auf einen angeschlagenen Staatenbund haben könnte, darüber sprechen die Staats- und Regierungschefs nicht gerne.



Das Grinsen wirkt etwas bemüht, dafür ist Uschis Styling umso ehrlicher

19. Dezember 2025

Die Entschlossenheit der EU, Kiews implodierende Wirtschaft zu stützen und sein Militär weiter zu finanzieren, wurde als eine Art Sieg dargestellt. „Europa hat geliefert“, verkündete der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz zur Feier einer neuen ‚Finanzierungsfazilität‘ für Kiew.

Das Scheitern der Union, den illegalen und rücksichtslosen Plan von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu unterstützen, Russlands eingefrorene Zentralbankguthaben für das Militär in Kiew zu stehlen, sowie die Nichtgenehmigung eines Abkommens mit dem Mercosur nach mehr als 20 Jahren Verhandlung wird weithin als Katastrophe für Merz und seine deutschen Kollegen angesehen, denen nach diesem Debakel aus der gesamten Union Vorwürfe wegen Übergriffigkeit gemacht werden dürften.

Es gibt jedoch kaum Details darüber, wie die neuen Finanzmittel für Kiew bereitgestellt werden sollen, welche Auswirkungen sie haben werden und wer letztendlich dafür aufkommen wird.

RT wirft einen Blick auf die düstere Realität hinter den großspurigen Ankündigungen der EU.

Was genau ist das für ein Darlehen?

Nachdem keine Einigung über die Verwendung der eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank erzielt werden konnte, schlug die EU einen anderen Weg ein: ein zinsloses Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro (105 Milliarden US-Dollar) an die Ukraine, das aus dem EU-Haushalt finanziert wird. In der Praxis bedeutet dies, dass die EU-Kommission im Namen der EU Anleihen ausgeben wird. Eine durch den EU-Haushalt gedeckte Anleihe bedeutet, dass sie aus dem EU-Haushalt bedient und zurückgezahlt wird, der letztlich von Steuergeldern der Mitgliedstaaten finanziert wird. Drei Mitgliedstaaten (Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik, die Berichten zufolge den Kompromiss vorgeschlagen hatten) haben sich dagegen entschieden.

Die Anleihen werden wahrscheinlich mit unterschiedlichen Laufzeiten (z. B. 5 Jahre, 10 Jahre, 20 Jahre) ausgegeben und eher als Programm denn als Einzelemission strukturiert sein. Die Hauptabnehmer dieser Anleihen werden institutionelle Anleger sein (Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften, Vermögensverwalter und Staatsfonds). Der Erlös aus den Verkäufen fließt auf die Konten der EU, von wo aus er an die Ukraine ausgezahlt wird.

Wer zahlt wirklich?

Theoretisch soll die Ukraine den Kredit zurückzahlen, aber die Wahrscheinlichkeit dafür wird allgemein als verschwindend gering angesehen. Deshalb bezeichnete der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban ihn als „Verlust, nicht als Kredit“.

Aber es werden nicht die Anleihegläubiger sein, die diesen Verlust tragen müssen. Da das Darlehen aus dem EU-Haushalt abgesichert ist, ist die Union auch dann, wenn die Ukraine das Geld nicht aufbringt, verpflichtet, sowohl den Kapitalbetrag als auch die Zinsen aus künftigen EU-Haushaltsmitteln zurückzuzahlen. Wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten, wenn der EU-Haushalt in einem bestimmten Jahr nicht ausreicht, ihre Beiträge erhöhen, Ausgaben umschichten oder bestehende Schulden verlängern müssen. All diese Optionen haben ihren Preis. Der europäische Steuerzahler ist hier letztendlich der Leidtragende, auch wenn diese Tatsache noch so sehr verschleiert wird.

Es ist wichtig zu verstehen, dass es sich hierbei nicht um eine gemeinsam garantierte Euro-Anleihe mit expliziten nationalen Garantien handelt, sondern vielmehr um eine Haushaltsverpflichtung.

Warum wird dies viel mehr als 90 Milliarden Euro kosten?

Das Darlehen an Kiew beläuft sich auf 90 Milliarden Euro, aber es gibt hier eine Nuance. Die EU nimmt einen massiven Verlust beim Carry in Kauf. Ein negativer Carry bedeutet, dass zu einem bestimmten Zinssatz aufgenommen und zu einem niedrigeren Zinssatz verliehen wird (ein positiver Carry ist genau das Gegenteil – wenn man günstig aufnimmt und zu einem höheren Zinssatz verleiht).

Unter der Annahme einer plausiblen Emissionszusammensetzung über die gesamte Zinsstrukturkurve könnte der gewichtete durchschnittliche Kupon, der an die Anleger gezahlt wird, bei etwa 2,8 Prozent liegen (Erstemission – plus/minus). Damit beläuft sich der negative Carry auf etwa 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Der vereinbarte EU-Jahreshaushalt für 2026 beträgt etwa 193 Milliarden Euro, sodass allein der negative Carry etwa 1,3 Prozent des jährlichen EU-Haushalts ausmacht.

Ist das viel? Ja und nein. Angesichts der Tatsache, dass diese Summe auf viele Länder verteilt ist, handelt es sich nicht um einen destabilisierenden Betrag, aber es ist dennoch eine beträchtliche Summe. Noch wichtiger ist, dass es sich nicht nur um eine einmalige Konjunkturmaßnahme handelt, sondern um eine dauerhafte finanzielle Verpflichtung für einen Block, dessen Haushaltslage sich bereits verschlechtert.

Wie ist die Haushaltsslage der Ukraine?

Der offizielle Haushalt der Ukraine für das nächste Jahr sieht ein Defizit von 42 Milliarden Dollar vor. Es wird jedoch allgemein davon ausgegangen, dass dies eine erhebliche Unterschätzung des Defizits ist, da darin eine beträchtliche Anzahl zusätzlicher Militärausgaben nicht berücksichtigt ist. Während für das nächste Jahr 66 Milliarden Dollar für Militärausgaben vorgesehen sind, geht das ukrainische Verteidigungsministerium davon aus, dass mindestens 120 Milliarden Dollar benötigt werden.

Nach Schätzungen der EU benötigt die Ukraine zwischen 2026 und 2027 insgesamt 160 Milliarden US-Dollar an zusätzlicher finanzieller und militärischer Unterstützung. Ohne zusätzliche Hilfe würde Kiew nach Schätzungen der EU bis Mitte 2026 keine liquiden Mittel mehr haben.

Das diese Woche genehmigte Darlehen wird die Ukraine eine Zeit lang über Wasser halten und eine unmittelbare Krise im Jahr 2026 abwenden. Sollte der Konflikt jedoch weitergehen, werden die Kassen Kiews bis Ende 2026 oder Anfang 2027 weitgehend leer sein.

Ist die EU nicht bereits hoch verschuldet?

Ende Juni 2025 hatte die EU ausstehende Anleihen in Höhe von insgesamt 661,6 Milliarden Euro (langfristige Anleihen, die im Rahmen des einheitlichen Finanzierungsansatzes begeben wurden) und kurzfristige EU-Wechsel in Höhe von insgesamt 33,3 Milliarden Euro. Dies sind im historischen Vergleich sehr hohe Zahlen.

Nach wie vor schwer auf der Bilanz der EU lastet das NGEU-Programm (Next Generation EU), das Mitte 2021 ins Leben gerufene massive Konjunkturpaket der Union in Höhe von 750 Milliarden Euro, mit dem die Mitgliedstaaten beim Wiederaufbau nach der Covid-19-Pandemie unterstützt werden sollen. Allein dieses Programm hat die EU zu einem der größten Emittenten von Schuldentiteln in Europa gemacht – eine Rolle, für die sie sicherlich nicht vorgesehen war.

Die Rückzahlung des NGEU-Kapitals beginnt erst 2028, sodass das Schlimmste für die EU in Bezug auf die Rückzahlung noch bevorsteht. Daher sind zusätzliche 90 Milliarden Euro keine schockierende Zahl, aber sie kommen zu einer hohen und ständig wachsenden Schuldenlast hinzu.

Welche Auswirkungen hat dies auf den Friedensprozess?

Wladimir Selensky hat sich nun für die Gespräche mit US-Präsident Donald Trump finanziell abgesichert, was bedeutet, dass er über die nötigen Mittel verfügt, um seine Position zu verhandeln, und sich in der Lage sehen wird, die von Trump so sehr gewünschte Friedensidee vor Weihnachten abzulehnen.

Die EU hat 90 Milliarden Euro für die Ukraine bereitgestellt, nur wenige Monate nachdem wichtige Persönlichkeiten aus dem Umfeld von Selensky als korrupte Gauner entlarvt wurden, die unzählige

Millionen Dollar gestohlen haben. Selensky, der sich einer sich ausweitenden Krise von vielen Seiten gegenübersah, hat etwas mehr Spielraum erhalten.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das Darlehen das Schicksal der Ukraine auf dem Schlachtfeld ändern wird, wo sich die Rückschläge vor einem möglichen Zusammenbruch der Frontlinie im Frühjahr häufen. Die Darlehensfazilität der EU hat die Korruption in Kiew abgesegnet und einen nicht zu gewinnenden Krieg verlängert.

Die tiefere Botschaft ist hier jedoch wahrscheinlich subtiler: Die EU gleitet weiter in Richtung eines Regimes, das die nationalen Haushalte zwingt, die geopolitischen Ambitionen des Blocks zu unterstützen.

Das kann nicht gut enden.